
Ein Jahr Trump, vier Jahre Ukrainekrieg: Der Kampf um die imperiale Weltordnung

Vier Jahre nach Beginn der russischen Großinvasion ist die Welt eine andere geworden. Inzwischen drängt nicht nur Moskau auf eine regionale Einflusszone, sondern auch die Trump-Regierung. Die kriegsgeschundene Ukraine ist heute ein zentraler Schauplatz im Ringen um eine imperiale globale Ordnung. Kann Europa einen Gegenpol zur drohenden Aufteilung der Welt bilden?

Von STEFFEN VOGEL

Wie viel sich in einem Jahr doch verändern kann: Noch im vergangenen Februar, rund um den dritten Jahrestag der russischen Vollinvasion, war die Furcht weit verbreitet, der soeben vereidigte US-Präsident Donald Trump werde gemeinsam mit Kremlchef Wladimir Putin einen Diktatfrieden zulasten der Ukraine durchsetzen. Jetzt, nach einem Jahr Trump und einem weiteren Jahr des Blutvergießens im Osten Europas, sind wir klüger. Auch der selbsternannte Friedensstifter im Weißen Haus wird diesen Krieg nicht zu dem von ihm angekündigten raschen Ende führen können.

Nach Monaten teils dilettantischer diplomatischer Initiativen aus Washington¹ scheinen die Gespräche dieses Winters zwar Fortschritte erbracht zu haben, aber dies gilt vor allem für das angespannte Verhältnis zwischen den USA, der Ukraine und ihren europäischen Unterstützern. Russland hingegen hat sich kaum bewegt und beharrt weiter auf Maximalforderungen. Noch nachdem die Ukraine die Bereitschaft zu deutlichen Zugeständnissen an Russland bekundet hatte, darunter der Verzicht auf eine Nato-Mitgliedschaft, erhob der russische Außenminister Sergej Lawrow Anspruch auf weite, bisher unbesetzte Gebiete des Nachbarlandes. Ein »Noworossija« solle der Kontrolle des »Regimes in Kyjiw« entzogen werden.² Gemeint sind vier weitere ukrainische Oblaste von der Schwarzmeerküste bis in den Norden inklusive der Großstädte Odessa und Charkiw.³ Angesichts dessen verbietet es sich, in diesem Zusammenhang von Friedensverhandlungen zu sprechen. Moskau bekundet zwar rituell Gesprächs-

STEFFEN VOGEL, geb. 1978
in Siegen, hat Sozialwissen-
schaften studiert und ist
»Blätter«-Redakteur.

1 Yelizaveta Landenberger, Ukraine: Zwischen Korruption und Diktatfrieden, in: »Blätter«, 1/2026, S. 11-14.

2 Vgl. Foreign Minister Sergey Lavrov's remarks and answers to media questions at a joint news conference following talks with Namibia's Minister of International Relations and Trade Selma Ashipala-Musavyi, Moscow, January 14, 2026, mid.ru, 14.1.2026.

3 Russian Offensive Campaign Assessment, January 14, 2026, understandingwar.org, 14.1.2026.

bereitschaft mit den USA, unternimmt aber nichts, um einen Kompromiss zu erzielen. Die Strategie dahinter ist offensichtlich: Der Kreml will Trump bei Laune halten, damit die Spaltung zwischen Washington und den Europäern andauert, während die russische Armee gleichzeitig weiterkämpft.⁴

Erschwert wird eine Lösung des Konflikts auch durch die strategischen Interessen Chinas. Laut einem Bericht der »South China Morning Post« erklärte der chinesische Außenminister Wang Yi im vergangenen Juli bei einem Treffen in Brüssel überraschend deutlich, Peking wünsche keine russische Niederlage in der Ukraine. Solange der Krieg andauere, könnten die USA nicht ihre volle Aufmerksamkeit auf die Volksrepublik richten.⁵ Genau entgegengesetzt sind die strategischen Interessen der Europäer: Sie müssen einen Friedensschluss fürchten, der einer Niederlage der Ukraine gleichkommt, weil ihnen dann Russland seine volle Aufmerksamkeit zu widmen droht. In den Worten von Bundeskanzler Friedrich Merz: »Das Schicksal der Ukraine ist das Schicksal von ganz Europa.«⁶ Auch aufgrund dieser komplizierten Interessenlage ist ein schneller Friedensschluss unwahrscheinlich. Polens Ministerpräsident Donald Tusk warnte daher schon im vergangenen Oktober: Solange es in Russland nicht zu einem massiven Wandel komme, steuern wir auf einen »permanenten, endlosen Krieg« zu.⁷

Ukraine: Kein Frieden um jeden Preis

So überspitzt diese düstere Prognose auch wirkt, vielen Ukrainerinnen und Ukrainern erscheint dieser Krieg schon jetzt endlos. Das Zeitgefühl verändert sich, schreibt die ukrainische Autorin Kateryna Mishchenko, »wenn die ständige Gefahr der Vernichtung zu einem erdrückenden Rahmen wird, der nur kleine taktische Schritte erlaubt und keinen Blick darüber hinaus.«⁸

Zu den wenigen Gewissheiten, die es zu Beginn des fünften Kriegsjahres aus ukrainischer Sicht gibt, gehört die, dass die Kämpfe weitergehen werden – und dass Russland keineswegs nur an der Front angreifen wird. In ihrem Versuch, die Ukraine zu zermürben, wird die russische Armee weitere Wohnhäuser in Ruinen verwandeln und zum wiederholten Male die Kraftwerke zerschießen, auch bei zweistelligen Minusgraden wie im Januar in Kyjiw. In Städten wie Charkiw werden die Kinder weiterhin in unterirdische Schulen gehen müssen, werden Drohnen erneut Jagd auf Zivilisten machen, und überall im Land werden noch mehr Familien Angehörige zu betrauern haben. Das vergangene Jahr war in der Ukraine das bisher tödlichste für Zivilisten seit Beginn der Invasion, 2514 Menschen wurden getötet⁹; über die Gefallenen an der Front gibt es nur Schätzungen.

4 Andrei Kolesnikov, Why Putin Still Prefers War. Russia's Growing Resolve to Fight On in Ukraine, *foreignaffairs.com*, 13.1.2026.

5 Finbarr Bermingham, Exclusive: China tells EU it does not want to see Russia lose its war in Ukraine: sources, *scmp.com*, 4.7.2025.

6 Vgl. Investitionen in die Ukraine sind Zukunftsinvestitionen. Rede von Bundeskanzler Merz beim Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum, *bundesregierung.de*, 15.12.2025.

7 Oliver Moody und Bartosz Kielak, Donald Tusk: Ukraine is ready to fight on for three more years, *thetimes.com*, 25.10.2025.

8 Kateryna Mishchenko, Nebeneinander, in: dies. und Katharina Raabe (Hg.), *Geteilter Horizont. Die Zukunft der Ukraine*, Berlin 2025, S. 9–22, hier: S. 9.

9 Vgl. 2025 deadliest year for civilians in Ukraine since 2022, UN human rights monitors find, *ukraine.ohchr.org*, 12.1.2026.

Unterdessen hat Präsident Wolodymyr Selenskyj nach dem massiven Korruptionsskandal in seinem Umfeld wichtige Regierungsposten neu besetzt, auch um bei einem Scheitern der Verhandlungen die Landesverteidigung zu stärken.¹⁰ Dafür steht nicht zuletzt der neue Leiter des Präsidialamts, Kyrylo Budanow, der zuvor den Militärgeheimdienst leitete und an Kommandoaktionen gegen die Besatzer teilnahm.

Denn auch im Angesicht des täglichen Leids kann die Regierung keinem Frieden um jeden Preis zustimmen: Bei einer Kapitulation drohen dem ganzen Land Verhältnisse, wie sie in den russisch besetzten

Gebieten herrschen. Laut einem Bericht der OSZE kommt es dort zu willkürlichen Verhaftungen und dem Verschwindenlassen von Zivilisten durch die Besatzer und dem »weit verbreiteten und systematischen Einsatz von Folter gegen inhaftierte ukrainische Zivilisten und Kriegsgefangene durch die russischen Autoritäten.«¹¹

Aber auch ein mangelhaftes - und daher brüchiges - Friedensabkommen würde dem Land wenig nützen: Wer baut seine zerstörte Existenz wieder auf, wer gründet eine Familie, wer investiert in Unternehmen unter dem Damoklesschwert eines bald wieder aufflammenden Krieges? Wie soll die ukrainische Demokratie lebendig bleiben, wenn die nächste Verhängung des Kriegsrechtes nie weit entfernt ist? Um als Gesellschaft eine Zukunft zu haben, braucht die Ukraine Stabilität. Wenn ein möglicher Friede angesichts der Machtverhältnisse schon nicht gerecht sein kann, so muss er wenigstens so dauerhaft wie möglich gestaltet werden. Daher ist es völlig nachvollziehbar, dass Selenskyj auf verbindliche Sicherheitsgarantien seiner Verbündeten drängt, die einen dritten russischen Angriff nach 2014 und 2022 verhindern helfen sollen.

Russland im Griff der Kriegslogik

Selenskyj tut gut daran, sich nicht auf bloße Unterstützungsbekundungen zu verlassen, denn eine zweite Gewissheit aus ukrainischer Sicht lautet, dass die russische Führung weder ihre aggressive Haltung geändert hat noch ernsthaften Friedenswillen zeigt. Wiederholt haben Kreml-Vertreter in den vergangenen Monaten erklärt, ihre Ziele auch mit Gewalt erreichen zu können. Oft gilt dies als Ausdruck russischer Stärke, tatsächlich aber ist Putins Macht keineswegs vor Erschütterungen gefeit - auch das befeuert die Kriegslogik.

Einerseits hat Moskau trotz der horrenden Verluste eine Generalmobilmachung bisher vermeiden können. Militärisch ist die russische Invasionsarmee seit einiger Zeit auf dem Vormarsch, wenn auch langsam. Im vergangenen Jahr gelangen ihr flächenmäßig die größten Eroberungen seit 2022.¹² Und auch mit Blick auf erstarkende

»Wenn ein möglicher Friede schon nicht gerecht sein kann, muss er wenigstens so dauerhaft wie möglich gestaltet werden.«

10 Kateryna Denisova, Zelensky's new inner circle: The power shift behind Ukraine's latest reset, *kyivindependent.com*, 8.1.2026.

11 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Seventh Interim Report on reported violations of international humanitarian law and international human rights law in Ukraine, Warschau 2025, S. 7.

12 Vgl. Ukraine: la Russie a conquis 5 600 km² de territoire en 2025, soit plus que les deux années précédentes réunies, *leparisien.fr*, 2.1.2026.

kremltreue Parteien in zahlreichen europäischen Ländern, darunter die AfD und der französische Rassemblement National, baut die Führung in Moskau darauf, länger durchhalten zu können als die westlichen Verbündeten der Ukraine.

Welche Ziele Russland auf diese Weise zu erreichen sucht, haben drei prominente Vordenker des Kreml jüngst noch einmal unmissverständlich aufgeführt. Ihr Text, zunächst als Dossier für Putin verfasst und gekürzt auch auf Deutsch erhältlich, ist schon wegen seiner Verfasser bemerkenswert: Hauptautor ist Dmitrij Trenin, der bis 2022 gute Kontakte in den Westen pflegte und das Moskauer Carnegie Center leitete, dazu kommen Sergej Karaganow, schon länger ein dezidiert antiwestlich orientierter Kremlberater, und Admiral Sergej Awakjanz. Sie benennen zustimmend und deutlich das imperiale Streben Moskaus: »Von der Ukraine und Moldawien über Transkaukasien und Zentralasien und noch weiter bis hin zum Fernen Osten und der Arktis gilt es, einen Sicherheitsgürtel entlang der Grenzen Russlands zu schaffen und aufrechtzuerhalten.« Dafür soll die Ukraine als unabhängiger Staat ausgelöscht werden. In den Worten der Autoren geht es um »die Unterstellung des ukrainischen Territoriums (mit Ausnahme der westlichen Regionen) unter die Kontrolle der russischen Streitkräfte [...] [und] die Gründung eines ukrainischen Staates (benannt als: Neue Ukraine) in den Gebieten der Ukraine, die nicht Teil der Russischen Föderation wurden, und die Russland nicht feindlich gesinnt sind.« In der »Neuen Ukraine« solle eine »entmilitarisierte landwirtschaftliche Pufferzone« entstehen, damit das wirtschaftliche Entwicklungsniveau nicht über dem Russlands liege.¹³

»Mit einem Kriegsende könnte Putins Griff auf die russische Gesellschaft nachlassen.«

Andererseits ist Russland dem bislang nicht näher gekommen. Es hat keines der Kriegsziele erreicht, die Putin 2022 ausgegeben hatte: Die Ukraine wurde weder »entnazifiziert« (Präsident ist immer noch Selenskyj und keine russische Marionette) noch »entmilitarisiert« (die ukrainische Armee umfasst mehrere hunderttausend Männer und Frauen). Auch hat sich Kyjiw nicht zu einem neutralen Status verpflichten müssen, sondern verhandelt über einen EU-Beitritt. Der Donbass, in dem Russland seit fast zwölf Jahren Krieg führt, wurde noch nicht »befreit«, sprich: zur Gänze erobert. Und von der Rückabwicklung der Nato-Osterweiterung, einer weiteren Kernforderung Moskaus, sind wir derzeit auch weit entfernt. Wenn ein Angreifer seine Ziele militärisch nicht erreichen kann, steht er nach gängiger Definition vor einer Niederlage.¹⁴

Überdies schafft es die Ukraine immer wieder, den Invasoren empfindlich zuzusetzen. Regelmäßig attackiert sie Russlands Ölinfrastruktur bis weit ins Hinterland hinein mit Drohnen, was Moskau langfristig die Finanzierung des Krieges erschweren könnte. Das sorgt dort offenbar bereits für Unruhe, wie selbst Trenin, Karaganow und Awakjanz einräumen müssen: »Die geografische Tiefe der Schläge des Gegners nimmt zu. Die verzögerte Wirkung der Sanktionen wird sich auf die eine oder andere Weise bemerkbar machen. Die psychologische Anspannung in der Gesellschaft

13 Dmitrij Trenin, Sergej Awakjanz und Sergej Karaganow, Von der passiven zur aktiven Abschreckung. Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik, Potsdam 2025, S. 26, 96 und 97.

14 William Dixon und Maksym Beznosiuk, Russia is Losing - Time for Putin's 2026 Hybrid Escalation, rusi.org, 19.12.2025.

nimmt langsam aber sicher zu.« Und: »Es ist davon auszugehen, dass eine Feuereinstellung und ein Waffenstillstand entlang der eingenommenen Frontlinie für die Russische Föderation [...] mittelfristig sogar ihre Niederlage [...] bedeuten könnte.«¹⁵

Eine solche kann die russische Führung aber nicht eingestehen, das liefe dem eigenen, propagandistisch vielfach überhöhten, Großmachtanspruch zuwider. »Die revisionistische Macht«, so treffend der Historiker Karl Schlögel, »ist nicht in der Lage, Abschied vom Imperium zu nehmen und eine moderne Nation unter anderen zu werden.«¹⁶ Also muss sie Stärke zu zeigen versuchen – und wird im Zweifelsfall weiterkämpfen lassen. Denn mit dem Kriegsende könnte Putins Griff auf die Gesellschaft nachlassen. Bei aus russischer Sicht dürftigen Ergebnissen oder gar einer kaum zu kaschierenden Niederlage müsste er Fragen nach dem Sinn dieses Blutvergießens beantworten – allein schon mit Blick auf die enormen Verluste. Das oppositionelle russische Onlinemedium »Mediazona« zählt nach Auswertung von Todesanzeigen und Beiträgen von Hinterbliebenen in den sozialen Medien 156 161 bestätigte russische Tote, dazu kommt eine hohe Dunkelziffer.¹⁷ Schon diese Zahl übersteigt die sowjetischen Verluste in zehn Jahren Afghanistankrieg um das Zehnfache.¹⁸ Zudem wäre die Rückkehr hunderttausender kriegserprobter und brutalisierter Veteranen, die nicht mehr der Kontrolle durch ihre Offiziere unterlägen, ein potenziell destabilisierender Faktor – wären sie doch ideale Rekruten für separatistische Bewegungen oder rechtsextreme Gruppen und ihre Finanziers. Aus der europäischen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg ist dieses Phänomen wohlbekannt.

Ersatzkonflikt gegen die geschwächte Nato?

Demgegenüber plädieren Trenin, Karaganow und Awakjanz für Einschüchterung und Eskalation: Es gelte, »die Mitglieder der herrschenden Elite der USA [...] und des Westens insgesamt davon [zu überzeugen], dass sie sich persönlich physisch nicht länger in einer komfortablen, vollständig geschützten Lage aufhalten können, darunter mit offensichtlichem Verweis auf Ballungszentren dieser Eliten«. Sollte dies nichts nützen, empfehlen sie gar die »Führung von massierten nicht-nuklearen Schlägen auf Ziele in Ländern Europas, die das Kiewer Regime unterstützen, mit der Warnung, dass im Falle weiterer Schläge auf das Territorium Russlands oder gegen die russländischen Streitkräfte unsere Antwort nuklear sein wird – auf Militärbasen, Verkehrsknotenpunkte und Führungszentren in europäischen Ländern.«¹⁹ Das ist ein unverhohlenes Plädoyer für einen militärischen Angriff auf zivile Ziele in Staaten, mit denen sich Russland bisher nicht im Krieg befindet – mithin für weitere schwere Kriegsverbrechen.

Diese Ausführungen entsprechen nicht zwangsläufig eins zu eins dem Denken der politischen Führung in Moskau, vielmehr dürften die Autoren die deutsche Übersetzung auch deswegen genehmigt haben, um die hierzulande verbreitete Angst vor einem Flächenbrand weiter zu schüren. Dennoch zeigt die Publikation beispielhaft

15 Trenin/Awakjanz/Karaganow, a.a.O., S. 71 und 72.

16 Karl Schlögel, *Gestrandet auf der Sandbank der Zeit: oder wie man lernt, sein Russlandbild neu zusammenzusetzen*, in: ders., *Auf der Sandbank der Zeit. Der Historiker als Chronist der Gegenwart*, München 2025, S. 29-56, hier: S. 54.

17 Russian losses in the war with Ukraine. Mediazona count, updated, en.zona.media, Stand: 19.12.2025.

18 Vgl. *Afghan War*, britannica.com, 12.1.2026.

19 Trenin/Awakjanz/Karaganow, a.a.O., S. 16 und 17.

die geistige Verrohung in der Putin-treuen russischen Elite. Unabhängig von der Frage, welche Mittel er einzusetzen bereit ist, gilt für den Kremlchef: Die Fortsetzung des Krieges kann für ihn nicht nur deswegen die bessere Option sein, weil er an einen Sieg glaubt, sondern auch, weil unter Umständen nur das Weiterkämpfen sein politisches und physisches Überleben sichert.

Ähnliches gilt für einen Ersatzkonflikt, also den Versuch, anderswo jenen Sieg zu erringen, der Putin in der Ukraine bislang verwehrt geblieben ist.²⁰ Die Warnung, Russland könne ein weiteres europäisches Land überfallen, wird zuweilen als unrealistisch abgetan, weil Putins Armee doch nicht einmal die Ukraine besiegen könne. Doch das Argument trägt nicht weit, wie ein Vergleich mit einem anderen möglichen Ziel russischer Aggression zeigt: Estland.

Das nordosteuropäische Land ist nur etwa so groß wie Niedersachsen, die Ukraine hingegen das zweitgrößte Flächenland Europas – schon deshalb könnte ein russisches Vorrücken auf Tallinn schneller gehen und erfolgreicher sein als der 2022 abgewehrte Vorstoß auf Kyjiw. Zudem verfügt Estland nicht wie die Ukraine über hunderttausende Soldaten mit viel Kampferfahrung²¹, sondern bloß über 5500, und es besitzt keine Kampfflugzeuge.²² Eingedenk der russischen Bedrohung hat die estnische Regierung Notfallpläne für Massenevakuierungen von bis zu einem Zehntel der Bevölkerung vorbereitet.²³

»Ein Krieg zwischen der Nato und Russland ist möglich, aber andere Szenarien sind es auch.«

Sicherheit gibt Estland vor allem die Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des Nato-Vertrages, im Idealfall als Abschreckung, im schlimmsten Fall zur Verteidigung gegen einen Angriff. Doch wie viel ist diese Garantie noch wert, wenn ausgerechnet das stärkste Nato-Mitglied zunehmend Zweifel an seiner Bündnistreue weckt? Das hat Trump spätestens mit seinen jüngst erneut aggressiv vorgetragenen Plänen zur Übernahme Grönlands getan – unter Inkaufnahme, die staatliche Souveränität des Nato-Partners Dänemark zu verletzen und das Bündnis von innen heraus zu sprengen.

Das liefert Putin einen Hebel, zumal Russland seit 2022 die Rüstungsproduktion massiv hochgefahren hat. Zwar setzt das Land einen Großteil dieser Waffen gegen die Ukraine ein, produziert aber gezielt mehr, um für weitere Kriege gerüstet zu sein. Sollte der Ukrainekrieg enden oder eingefroren werden, könnte Moskau diese Waffen gegen andere europäische Staaten richten. Das gilt umso mehr, falls die Trump-Regierung zumindest einen Teil der bisher verhängten Sanktionen aufheben und dem Kreml damit mehr Einnahmen verschaffen würde. Außergewöhnlich konkret hat der dänische Auslandsgeheimdienst die potenziell daraus erwachsende Gefahr benannt: Demnach könnte Russland bei einem Kriegsende in der Ukraine in den kommenden Monaten einen lokalen Krieg noch im selben Jahr beginnen, 2028 einen

20 Vgl. das Interview mit dem ehemaligen russischen Diplomaten Alexandr Baunow: »Putin braucht einen Ersatzsieg«, faz.net, 10.10.2025.

21 Mason Clark, The Russian Military: Forecasting The Threat, understandingwar.org, 27.10.2025.

22 Vgl. Branches of the Defence Forces and Other Units, kra.ee.

23 Andrius Sytas, Baltic states plan for mass evacuations in case of a Russian attack, reuters.com, 10.10.2025.

regionalen und 2031 einen ausgedehnten Krieg.²⁴ So richtig es ist, dieser Gefahr ins Auge zu sehen, so falsch ist es, apokalyptische Bilder zu beschwören, wie es jüngst Nato-Generalsekretär Mark Rutte tat, als er vor einem Krieg warnte, wie ihn unsere Großeltern oder Urgroßeltern erlebt hätten, und damit auf den Zweiten Weltkrieg anspielte.²⁵ Ein Krieg zwischen der Nato und Russland ist möglich, aber andere Szenarien sind es auch: Russlands Wirtschaft, die sich auf eine lange Stagnationsphase zuzubewegen scheint²⁶, könnte dem Druck nicht mehr standhalten, oder die europäische Aufrüstung könnte die ihr zuge dachte abschreckende Wirkung entfalten.

All diesen und anderen denkbaren Szenarien muss Europa zunehmend allein begegnen. In ihrer neuen National Security Strategy macht die Regierung in Washington unmissverständlich klar, dass sie Europa vor der »Auslöschung als Zivilisation« wähnt²⁷, die EU als Gegner sieht, aus der sie einzelne Staaten – Italien, Österreich, Ungarn und Polen – herauslösen will,²⁸ und rechtsextreme Parteien als mögliche Partner betrachtet. Zwar dürften einige der derart geadelten europäischen Rechtsaußen dafür schlicht zu russlandnah und zu antiamerikanisch sein²⁹ – AfD und Rassemblement National beispielsweise kritisierten den US-Überfall auf Venezuela deutlich –, aber die USA brechen gleich zweifach mit ihren bisherigen Verbündeten. Bündnispolitisch tun sie dies durch die Kampfansage an die EU, programmatisch durch die Abkehr von Prinzipien und Rechtsgütern wie Gewaltenteilung und Menschenrechte.

Hegemoniekonflikt innerhalb des Westens

Damit ist dies auch ein Kampf um die gültige Definition des Westens. Trump und seine Bewegung verstehen darunter eine weiße, christliche Zivilisation, die sie anderen für überlegen halten, während sich Europa und Kanada auf die Tradition von Republik und Universalismus berufen.³⁰ Verschärft wird dieser Gegensatz dadurch, dass Europas Nationalisten, darunter die ungarische Regierung, ähnliche Ideen vertreten wie Trump, während die US-Demokraten den in Europa nach wie vor mehrheitlich gepflegten Vorstellungen deutlich näherstehen. Für beide Seiten handelt es sich also um einen Hegemoniekonflikt im Innern wie nach außen – und das Trump-Lager lässt keine Zweifel daran, ihn auf beiden Feldern zu seinen Gunsten entscheiden zu wollen.

Dieser schwelende politische Konflikt untergräbt die Hoffnung, die USA im Rahmen der Nato wenigstens noch ein paar Jahre zum Schutz der Europäer vor Russland verpflichten zu können. Trump verlangt Botmäßigkeit, und die Grenzen der europäischen Selbstverleugnung³¹ sind erkennbar überschritten, seit Washington immer aggressiver auf die Kontrolle Grönlands drängt. Planspiele wie jenes einer stärker europäischen Nato unter Führung von Großbritannien, Frankreich, Deutschland

24 Danish Defence Intelligence Service, Intelligence Outlook 2025, fe-ddis.dk, 18.12.2025, S. 17.

25 Vgl. MSC in Berlin Keynote by Mark Rutte, securityconference.org, 11.12.2025.

26 Ilya Matveev, Testing the Limits of State-Directed Mobilization, rosalex.de, 15.12.2025; Roland Götz, »Alles für die Front, alles für den Sieg«. Russlands Volkswirtschaft im Krieg, in: »Osteuropa«, 5/2025, S. 5-25.

27 National Security Strategy of the United States of America, Washington 2025, S. 25.

28 Meghann Myers, »Make Europe Great Again« and more from a longer version of the National Security Strategy, defenseone.com, 10.12.2025.

29 Ivan Krastev, The Paradox of Europe's Trumpian Right. How America's Weaponization of Ideology Could Backfire, foreignaffairs.com, 27.11.2025.

30 Gideon Rachman, Trump's America and a clash of civilisations with Europe, ft.com, 8.12.2025

31 Steffen Vogel, Selbstverschuldet erpressbar: Europa im Ukrainekrieg, in: »Blätter«, 9/2025, S. 5-8.

und Polen, aber weitgehend ohne die USA³², zeigen, dass in Europas Hauptstädten die Loslösung von Washington zunehmend als notwendig erkannt wird.

Da Europa mit den USA politisch wie kulturell eng verbunden, wirtschaftlich stark verflochten und in ein US-basiertes digitales (Medien-)Umfeld integriert ist³³, wird dies alles andere als einfach. Dazu kommt eine Notwendigkeit, die in Europa Unbehagen auslöst und teils sogar bestritten wird: Der Wegfall amerikanischer Sicherheitsgarantien macht eine massive Aufrüstung nötig. Die erste Handlungsempfehlung, die die deutsche Friedensforschung in ihrem aktuellen Friedensgutachten der Bundesregierung gibt, lautet denn auch: »Fähigkeitslücken in der europäischen Verteidigung schließen.« Dies beinhaltet, die europäische nukleare Abschreckung durch Absprachen mit Großbritannien und Frankreich aufzubauen. Wir befänden uns, so die Friedensforscher, in einer »Phase antagonistischer Friedenssicherung durch Abschreckung, Aufrüstung und Allianzbildung«. Erst in einer zweiten Phase sei »friedliche Koexistenz« und in einer dritten eine »kooperative Friedensordnung« möglich, auf die es allerdings jetzt schon hinzuarbeiten gelte.³⁴

Da ein baldiges Kriegsende in der Ukraine aus heutiger Sicht unwahrscheinlich erscheint und der Konflikt zwischen Russland und Europa noch Jahre anhalten wird, müssen die Europäer einen langen Atem bewahren. Insofern ist es begrüßenswert, dass die EU-Staaten – mit Ausnahme Ungarns, Tschechiens und der Slowakei – im Dezember einen Kredit über 900 Mrd. Euro an die Ukraine auf den Weg gebracht und das Land damit vorerst finanziell abgesichert haben.³⁵ Wichtig ist auch die Zusage aus Paris und London, nach einem Waffenstillstand Truppen in der Ukraine zu stationieren: Kyjiw kann ob dieser verbindlichen Sicherheitsgarantie leichter einem Abkommen mit Russland zustimmen. Aus russischer Sicht ist das allerdings genau umgekehrt, wie Andreas Umland zu Recht angemerkt hat: Nato-Soldaten auf ukrainischem Territorium wird der Kreml nur akzeptieren, wenn er es muss. Unter diesen Umständen dürfte also noch mehr Druck nötig sein, um Moskau zu einem Waffenstillstand zu bewegen.³⁶

»Viele demokratisch verfasste Staaten auf der Welt haben kein Interesse an einer imperialen Weltordnung, in der sie sich einem regionalen Hegemon zu unterwerfen hätten.«

Europäische Großmacht oder globale Allianz der Demokratien

Will Europa strategisch autonom sein, muss es sich aber noch einer größeren Frage stellen: Wie wird die Weltordnung künftig beschaffen sein? Steuern wir auf die einst vom faschistischen Vordenker Carl Schmitt postulierte »Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte« zu, in der die USA, China und möglicherweise Russland Einflusszonen festlegen und alle anderen Staaten dazu verdammt

32 Ed Arnold und Darya Dolzikova, The Future of the Euro-Atlantic Security Architecture, rusi.org, 18.12.2025.

33 Vgl. den Beitrag von Sonja Peteranderl in dieser Ausgabe.

34 Friedensgutachten 2025, Frieden retten, Bielefeld 2025, S. 4 und S. 8–9.

35 Agathe Demarais, Seven things to know about the EU's €90bn loan to Ukraine, ecf.eu, 19.12.2025.

36 Andreas Umland, The mirage of a European »reassurance force« in Ukraine, kyivindependent.com, 6.1.2026.

sind, das ihnen von den Großen zugedachte Schicksal zu erleiden? Oder ist die regelbasierte Ordnung noch zu retten?

Von der Antwort auf diese Frage hängt einiges ab: Akzeptieren die Europäer das Herausziehen einer imperialen Ordnung als besiegelte Sache, so wäre es aus ihrer Sicht folgerichtig, selbst den Großmachtstatus anzustreben, um so ihre politische Selbstbestimmung zu erhalten. Dann würde aus der EU und ihren europäischen Verbündeten ein militärisch gerüsteter Machtblock werden und der Konflikt mit Russland weniger im Namen universeller Ansprüche - wie der Bewahrung des Völkerrechts - ausgetragen, sondern als Ringen um die Dominanz auf dem europäischen Kontinent.

Geben die Europäer hingegen die regelbasierte Weltordnung noch nicht verloren, müssten sie ganz anders auftreten. Dem universalistischen Anspruch folgend, dürften sie sich dann weniger als geografischer Block verstehen, sondern müssten eine globale Allianz der Demokratien zu schmieden versuchen. Schon jetzt gehören der - wenig glücklich benannten - französisch-britisch-deutsch geführten »Koalition der Willigen« zur Unterstützung der Ukraine auch außereuropäische Staaten wie Kanada, Australien und Japan an. Darüber hinaus haben viele kleinere oder mittelgroße demokratisch verfasste Staaten auf der Welt kein Interesse an einer imperialen Weltordnung, in der sie sich einem regionalen Hegemon zu unterwerfen hätten.³⁷ Das gilt für traditionelle europäische Verbündete wie Südkorea ebenso wie für das BRICS-Mitglied Brasilien. Unter diesem Zeichen stand auch der jüngste Indien-Besuch von Friedrich Merz. Bewusst wählte er die (durch die regierenden Hindu-Nationalisten beschädigte) südasiatische Demokratie und nicht China als erstes Reiseziel in der Region.

Bei diesen Regierungen könnten die Europäer also Mitstreiter gewinnen, sei es anlassbezogen, sei es dauerhaft. Dafür werden sie aber auch die Erwartungen im Globalen Süden an faire Handelsbeziehungen erfüllen und völkerrechtliche Doppelstandards vermeiden müssen.³⁸

Die alternden Autokraten Putin und Trump wollen eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt. Ein Europa, das sich am Völkerrecht und an globaler Zusammenarbeit orientiert, könnte dazu einen weltweit attraktiven Gegenpol bilden - und ein solcher wird dringend benötigt. Noch ist die Schmittsche imperiale Weltordnung nicht Wirklichkeit geworden. Ob sie es wird, entscheidet sich nicht allein in Moskau oder Washington, sondern auch in Brüsseler Verhandlungssälen und auf den Kriegsschauplätzen der Ukraine. ◻

37 Vgl. die bemerkenswerte Rede des kanadischen Premiers Mark Carney in Davos: Read the full transcript of Carney's speech to World Economic Forum, globalnews.ca, 20.1.2026.

38 Ausführlich dazu: Friedensgutachten 2025, a.a.O., S. 115-134.